

Wertewandel, wirtschaftliche Prozesse und Wahlverhalten: sozialpsychologische Gesetzmäßigkeiten zur Erklärung und Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

Witte, Erich H.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Witte, E. H. (2001). *Wertewandel, wirtschaftliche Prozesse und Wahlverhalten: sozialpsychologische Gesetzmäßigkeiten zur Erklärung und Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus*. (Hamburger Forschungsberichte zur Sozialpsychologie (HaFoS), 31). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft, FB Psychologie, Arbeitsbereich Sozialpsychologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-362294>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Universität Hamburg

HAMBURGER FORSCHUNGSBERICHTE

AUS DEM ARBEITSBEREICH

**SOZIAL-, WIRTSCHAFTS-
UND POLITISCHE PSYCHOLOGIE (SWP)**

-HAFOS-

**Wertewandel, wirtschaftliche Prozesse und Wählerverhalten:
Sozialpsychologische Gesetzmäßigkeiten zur Erklärung und
Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit**

Erich H. Witte

HAFOS 2001 NR. 31

**Psychologisches Institut I der Universität Hamburg
Von-Melle-Park 6 20146 Hamburg**

**Wertewandel, Wirtschaftliche Prozesse und Wählerverhalten:
Sozialpsychologische Gesetzmäßigkeiten zur Erklärung und Bekämpfung von
Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus¹**

Erich H. Witte

Sozial-, Wirtschafts- und Politische Psychologie (SWP)

Universität Hamburg

Zusammenfassung

Aus einer sozialpsychologischen Perspektive werden die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit, Wählerverhalten, Wertewandel und politischem Klima mit Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus betrachtet. Diese Zusammenhänge sind viel enger und haben eine viel stärkere gegenseitige Wirkung als vielfach angenommen. Es wird ein sozialpsychologisches Kern-Modell formuliert, das die Bedrohung der Identität durch wirtschaftliche Prozesse verständlich macht und die verstärkte externale Attribution mit aggressivem Verhalten gegen Ausländer vorhersagt. Damit läßt sich ausländerfeindliches Verhalten in Ostdeutschland erklären, ohne auf flächendeckende Sozialisationsdefizite hinweisen zu müssen. Ferner wird deutlich auf den Unterschied zwischen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus hingewiesen. Abschließend werden Interventionsmöglichkeiten diskutiert.

Schlüsselbegriffe:

Wertewandel, Arbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus, Ostdeutschland, Wählerverhalten, Ausländerfeindlichkeit

Summary

From a socialpsychological view the connexions between political extremism, prejudice, unemployment, political voting, change of values, and political climate are discussed. These connexions are tighter than generally thought. A socialpsychological model is formulated which explains the threat of personal identity through economic developments followed by increasing external attribution combined with aggressive intergroup behavior against foreigners. Thus, the anti-foreigner behavior of East-germans can be explained without the assumption of general deficits during the socialization phase in East-Germany in a totalitarian

¹ Für zahlreiche Kommentare und Hinweise möchte ich mich bei den Teilnehmern an meinem Forschungsseminar herzlich bedanken. Außerdem gilt mein Dank Herrn Th. Kliche und Frau Ch. Porschke. Alle Unzulänglichkeiten sind natürlich allein dem Autor anzulasten.

system. The qualitative difference between the aggressive behavior against foreigners and right-wing extremism is discussed. Finally, some ideas of intervention programs of aggressive behavior and political extremism are given.

Keywords: change of values, unemployment, political extremism, East-Germany, voting behavior

1. Einleitende Bemerkungen

Wenn man die Wirtschaftswissenschaften als Verhaltenswissenschaften begreift (z.B. Frey, 1999), soziologische Ansätze des Wertewandels (Inglehart, 1997, Mehlkop, 2000) auf die individuelle Einstellungsebene bezieht (Witte, 1996, 1994²), politische Wahlen als Entscheidungsverhalten ansieht und sich schließlich nicht scheut, historische Ereignisse unter verhaltenswissenschaftlichen Aspekten zu betrachten, dann gewinnt man aus dieser sozialpsychologischen Perspektive einige Erkenntnisse, zumindest gut begründete Spekulationen, die politische Ereignisse aus der Vergangenheit a) erklären können, b) zukünftige zu prognostizieren vermögen, c) Verhaltensweisen einem Verständnis näher bringen und d) Interventionsmöglichkeiten aufzeigen. Außerdem trifft man die zentralen wissenschaftlichen Aufgaben der Sozialpsychologie mit der Herangehensweise, wie sie an anderer Stelle angeführt wurden (Witte, 1994², S. 14). Aus diesen gemeinsamen Betrachtungen läßt sich, ein wenig überspitzt formuliert, ein auch sozialpsychologisches Kern-Modell entwickeln, das das politische Klima einer Gesellschaft erfaßt, indem es Verbindungen zwischen dem Makrosystem Wirtschaft und dem Individualsystem Wählerverhalten ausländischerfeindlichen Gewalttaten und Rechtsradikalismus herstellt.

So wichtig eine solche Aufgabe auch ist, so kompliziert sind die Interpretationen der Daten von hierarchischen Modellen, die Parameter auf unterschiedlichen Niveaus verbinden (s. z.B. Kreft & De Leeuw, 1998). In einer sozialpsychologischen Betrachtung ist die abhängige Variable immer das individuelle Verhalten, das zu erklären, zu prognostizieren, zu verstehen und ggf. zu verändern ist. Als unabhängige Variablen haben wir aber allgemeine Charakteristika, wie z.B. die Einteilung von Kontexten nach der Arbeitslosenquote oder den Wandel der Arbeitslosigkeit über die Zeit. Das sagt noch nichts über die Wirkung dieser Kontextvariablen auf das individuelle Verhalten voraus, denn derselbe Kontext wirkt auf verschiedene Personen unterschiedlich. Es gibt also eine erhebliche Variationsbreite zwischen den Personen innerhalb desselben Kontextes, mit diesem umzugehen. So führt die Tatsache

in einem nicht-deutschen Kontext aufzuwachsen, zu einer verstärkten Kriminalitätsbelastung, aber keineswegs sind alle oder auch nur die Mehrheit der Ausländer kriminell (Kummer,1993). Hier gibt es eine enorme Bandbreite der Kriminalitätsbelastung unter den Ausländern, wenn man die Schwere und die Anzahl der Delikte unterscheidet. Solche Art von Analysen können leicht zu Fehlinterpretationen führen, weil sie die interindividuellen Differenzen nicht berücksichtigen. So berichten z.B. Kreft und De Leeuw (1998) von einer Untersuchung über den Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der Leistung in einem Mathematiktest und der Dauer der Hausaufgaben. Sie korrelieren 10 Schulen miteinander, indem sie die jeweiligen Mittelwerte der Schulen in den beiden Variablen bilden. Es ergibt sich eine Varianzdetemination von $r^2=0.64$. Diese quadrierte Korrelation zwischen aggregierten Daten zeigt eine sehr deutliche Varianzaufklärung. Berechnet man jedoch die Korrelation auf dem individuellen Niveau, so ergibt sich ein $r^2=0.25$. Das ist schon erheblich weniger. In der Tendenz wird man immer damit rechnen müssen, daß Korrelationen von aggregierten Daten höher sind, wenn es eine individuell ähnliche Gesetzmäßigkeit gibt. Leider ist es sogar möglich, daß Korrelationen von aggregierten Daten eine entgegengesetzte Beziehung erzeugen : So ist die Korrelation zwischen Ausbildungsniveau und Einkommen positiv, wie wir es erwarten würden. Betrachten wir jetzt aber die Korrelation zwischen dem durchschnittlichen Ausbildungsniveau verschiedener Wirtschaftsbereiche und dem Öffentlichdienst einerseits sowie dem durchschnittlichen Einkommen, dann ist die Korrelation negativ, weil der öffentliche Sektor zwar eine hohe formale Ausbildung erreicht, aber nicht ein so hohes Einkommen, wie die freie Wirtschaft (Kreft et al. ,1995). Folglich muß man sich bei der Betrachtung der Korrelationen von aggregierten Daten immer fragen, welche individuellen Transformationen und sonstige Gesetzmäßigkeiten sind hinter diesen statistischen Kennwerten verbergen. Am einfachsten ist es, wenn man theoretisch plausibel machen kann, daß der Zusammenhang auf individuellem Niveau reduziert besteht, aber in der Tendenz den Zusammenhang auf aggregiertem Niveau widerspiegelt. Man kann zwar Aussagen über aggregierte Daten (Mittelwerte) machen, wenn man die individuellen Werte kennt, da der Mittelwert durch die individuellen Daten festliegt, aber die individuellen Daten liegen nicht fest, wenn man nur den Mittelwert kennt, es müssen ausreichend positive Korrelationen zwischen den Personen vorhanden sind, nur dann repräsentiert die Mittelwertskurve auch die individuellen Reaktionen zufriedenstellend (Sixtl,1980,1993).Um diesen Schritt von den aggregierten Daten zu den individuellen Gesetzmäßigkeiten vorzunehmen ist es notwendig, theoretische Bezüge für die empirischen Kennwerte als Grundlage herzustellen. Diese Theorien sollten möglichst einfach und allgemeingültig sein,

damit sie empirisch gut gestützt zur Erklärung herangezogen werden können. Vor diesem Hintergrund müssen die nachfolgenden Analysen und Interpretationen beurteilt werden.

2.Zur Theorie des Wertewandels

Es ist schon an anderer Stelle argumentiert worden, daß der Inglehart-Index eher Werteinstellungen als fundamentale Werte mißt, die gegen Einflüsse von außen relativ resistent sein würden (Witte, 1996), weil man recht hohe partielle Korrelationen des Inglehart-Index von 1972 bis 1993 mit der variierenden Inflationsrate und der Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik von über $r=0.60$ erhält und die multiple Korrelation aus beiden wirtschaftlichen Indizes bei ca. $R=0.90$ liegt (Witte, 1996; Klein & Pötschke, 2000). Aus diesen aggregierten Daten heraus ergibt sich, daß die Wert-Ebene und die ökonomischen Indizes recht eng zusammenhängen (s.a. Inglehart, 1997; Granato, Inglehart & Leblang, 1996; Mehlkop, 2000). Auch bei Mehlkop (Modell 2, S. 222) gibt es eine multiple Korrelation zwischen der Wirtschaftsentwicklung einerseits und der sozialpsychologischen Ebene des Leistungsbedürfnisses verbunden mit dem Postmaterialismus-Index von $R=0.59$. Selbst die einfache Korrelation zwischen z.B. Leistungsbedürfnis und Investitionsumfang beträgt $r=0.64$ (Mehlkop, 2000, S.223). Die Zusammenhänge zwischen diesen beiden Bereichen - Wirtschaft und Werthaltung - scheinen auf dem aggregierten Niveau viel enger zu sein, als vielleicht von vielen angenommen. Von daher ist es sicherlich richtig, die wirtschaftlichen Prozesse aus einer sozialpsychologischen Perspektive zu betrachten, wie es schon seit langer Zeit Frey (z.B. 1999) vorschlägt. Gleichzeitig wird damit auch deutlich, daß der Inglehart-Index variable Werthaltungen mißt, die die subjektive Transformation wirtschaftlicher Prozesse erfassen. Dabei wird bei dieser Interpretation unterstellt, daß ohne Variation wirtschaftlicher Indizes die individuelle Werthaltung, bis auf geringe Zufallsschwankungen, konstant bleibt, wir also auf dem individuellen Niveau unter konstanten wirtschaftlichen Bedingungen eine gewisse Stabilität haben. Da die Prozentsätze von einer Zufallserwartung abweichen (Witte, 1996), kann man erwarten, daß diese individuelle Stabilität vorhanden ist, die die Abweichung vom Zufall erzeugt. Außerdem würde eine zufällige Beantwortung der Items zu einem konstanten Mittelwert unabhängig von den Wirtschaftsindizes führen, so daß der systematische Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Kontext und der aggregierten, individuellen Werthaltung für eine gewisse Stabilität spricht.

Wie oben schon erwähnt, steht die Arbeitslosenquote in enger Verbindung mit dem Prozentsatz an Materialisten (partielle Korrelation $r=0.60$) und dem Prozentsatz an

Postmaterialisten (partielle Korrekation $r=-0.64$) in der Bundesrepublik zwischen 1973 und 1992 (Witte, 1996). Diese Ergebnisse werden durch Analysen der Inflationsrate über den erweiterten Zeitraum zwischen 1970 und 1997 von Klein und Pötschke (2000) gestützt.

Langfristig werden sich bei **stabilen** wirtschaftlichen Prozessen die Werthaltungstypen einem Gleichgewichtszustand nähern, der durch einen konstanten Prozentsatz von Postmaterialisten um 16,7 %, einer Abnahme der Materialisten auf diese 16,7 % und einer Zunahme der Mischtypen auf 66,7 % gekennzeichnet ist (Witte, 1996; Klein & Pötschke, 2000). Dieser Gleichgewichtszustand ist auch durch den Meßvorgang über den Inglehart-Index beeinflusst, so daß die absoluten Zahlen nicht unabhängig von der Meßvorschrift interpretiert werden dürfen.

Wichtig an diesem Simulationsmodell ist aus der hier zu behandelnden Problematik, daß bei der Simulation der wirtschaftliche Einfluß (die Inflationsrate) konstant gehalten worden ist, so daß dieser Gleichgewichtszustand nur bei gleichbleibend positiver wirtschaftlicher Entwicklung erreicht wird. Ein Anstieg der Inflationsrate oder aber auch der Arbeitslosenquote brächte eine Störung der Prozesse mit sich, weil insbesondere dadurch der Prozentsatz der Materialisten wieder zunehmen würde und folglich der Prozentsatz der Mischtypen abnähme. Der Prozentsatz der Postmaterialisten bliebe über die Zeit hin recht stabil. Da es nur zwei Freiheitsgrade gibt und der Prozentsatz an Postmaterialisten konstant bleibt, kann man davon ausgehen, daß die wirtschaftlichen Prozesse vorwiegend auf die individuelle Bevorzugung der materialistischen Position wirken, wenn sie zu einer unsicheren Lebenslage führen.

Mit der Wiedervereinigung und den Unterschieden in der Arbeitslosenquote in beiden Teilen Deutschlands von im Durchschnitt von ca. 10% läßt sich insgesamt eine unterschiedliche Entwicklung in den Regionen aufzeigen, was sich auch auf die Wertebene auswirken sollte, wenn es diese systematische Bevorzugung von Werten gibt. Zwar ist dieses Modell der Werteentwicklung in der oben geschilderten Weise nur für Westdeutschland überprüft worden, aber es spricht viel dafür, daß diese globalen Prozesse eine Allgemeingültigkeit besitzen.

Wegen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung in den beiden Teilen Deutschlands sollten sich aber auch auf der Wertebene Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland aufzeigen lassen, wenn gesetzmäßige Veränderungen auch auf der individuellen Ebene hinter der Korrelation aggregierter Daten stecken. Ein Beispiel hierfür ist ein Maß, das die Zufriedenheit mit der Demokratie im Lande mißt. Hier zeigen sich in den beiden Teilen Deutschlands parallele Verläufe mit einer konstanten Differenz von ca. 30 %

Zustimmung, d.h. in Westdeutschland geben in den Jahren 1990 bis 1995 30 % der Bevölkerung mehr an, daß sie mit der Demokratie zufrieden sind als in Ostdeutschland (Terwey, 1996). Es zeigt sich ferner, daß 1994 in beiden Teilen Deutschlands einer Überfremdung von 37 % zugestimmt wird. Vier Jahre später, 1998, ist dieser Anteil in Ostdeutschland auf 47,5 % gestiegen, in Westdeutschland nur auf 43,7 %. Die Ausländerfeindlichkeit hat also in Ostdeutschland stärker zugenommen bei gleichem Ausgang 1994 (Winkler, 2000).

Diese Unterschiede lassen sich nach den bisher geführten Diskussionen wesentlich durch die höhere Arbeitslosenquote von ca. 10 % erklären, die auf subjektiver Ebene zu einer Veränderung der Werthaltung führt. Dabei wird unterstellt, daß 1994 ein gemeinsamer Ausgangspunkt in der Einschätzung der Überfremdung bestand, weil die Ostdeutschen eine gewisse Zeit der Anpassung mit höherer Arbeitslosigkeit als realistisch angenommen haben. Vielleicht war sogar vorher die Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland geringer und das Ausmaß der Zustimmung vor 1994 lag unter dem Prozentsatz von 1994 von 37%. Auch hier handelt es sich wieder um aggregierte Daten, so daß man auch in diesem Zusammenhang unterstellen muß, wenn man individuelle Werthaltungen oder Einstellungen betrachten will, die Beantwortung dieser Aussagen bliebe ohne Variation der wirtschaftlichen Lage bei den Einzelpersonen relativ konstant und sei ein individueller Indikator dieser Einstellungen.

Man muß an dieser Stelle aber weder komplizierte Sozialisationsprozesse in einem totalitären System, noch psychoanalytisch orientierte interne Konfliktbewältigungen bemühen, um solche Unterschiede in den Werthaltungen zu erklären. Es reichen die gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen zur Erklärung aus, wenn man eine globale Betrachtung vornimmt, die sich auf Durchschnittsindividuen bezieht. Die Annahme, daß in Ostdeutschland verstärkt spezifische individuelle Verarbeitungsprozesse auf psychoanalytischem Hintergrund auftreten, die einen Unterschied in der Werthaltung erzeugen (z.B. Maaz,1992), läßt sich aus diesen Daten nicht entnehmen. Wenn man westdeutsche Regionen mit großer Arbeitslosigkeit betrachtet, dann sind die Auswirkungen auf das Verhalten der Anwohner ähnlich. Warum aber eine bestimmte Person ihre spezifische Werthaltung entwickelt oder verändert hat, läßt sich mit diesen globalen Betrachtungen nicht entschlüsseln. Hierzu braucht man individuelle Charakteristika , die in bestimmter Weise auf den Makrostress „Arbeitslosigkeit“ reagieren, z.B. Depressionswerte, Kontrollierbarkeitswerte, Werte der internalen und externalen Attribution, Werte der individuellen sozialen Unterstützung etc. (Witte & Sacasa, 2000). Nur wenn man darüber informiert ist, dann kann man vorhersagen , welche Person ihre Werthaltung bei Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen verändern wird und welche

nicht. Ansonsten bleibt allein die Vorhersage, daß sich das mittlere Individuum in einer Kategorie mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit verändern wird. Die konkreten , individuellen Verarbeitungsprozesse können auf aggregiertem Niveau nicht erschlossen werden. Hier aber gilt das Sparsamkeitsprinzip (Occam´s razor), solange man nicht gezwungen ist, spezifische Annahmen einzuführen, sollte man das auch nicht tun: Es reicht zur Erklärung aus, daß die wirtschaftlichen Bedingungen in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich sind, um die Unterschiede in den Werthaltungen zu erklären, vorherzusagen und zu verstehen. Der psychische Apparat der beiden Bevölkerungen kann solange als ähnlich unterstellt werden, bis man sehr deutliche individuelle Merkmale aufzeigen kann, die die individuellen Verarbeitungsprozesse unterscheiden.

3. Ausländerfeindlichkeit und wirtschaftliche Bedingungen

Wenn die Beziehung zwischen wirtschaftlichen Bedingungen und Werthaltungen enger sind als wir vielleicht vermutet haben, dann entstehen entsprechende materialistische Haltungen in den Regionen, in denen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, d.h. ein Durchschnittsindividuum findet die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Nation als besonders wünschenswert, wie es in dem Inglehart-Index als ein materialistisches Ziel zur Auswahl steht. Diese Haltungen werden von der Bevölkerung in verstärktem Maße getragen, wobei Jugendliche diese Werthaltungen eher ausleben als Erwachsene, weil sich Erwachsene eher angepaßt **verhalten**, aber nicht unbedingt anders denken und fühlen. Nur ist Ausländerfeindlichkeit kein besonderes Problem Ostdeutschlands, zumindest nicht in der Weise, daß die DDR-Sozialisation und sonstige interne Einflüsse der Persönlichkeitsverarbeitung die Haupterklärung liefern, so angenehm uns, den Westdeutschen, eine solche Erklärung auch sein mag, es geht vor allem um die wirtschaftlichen Bedingungen, die eine entsprechende Werthaltung erzeugen, so scheint es nach den vorliegenden aggregierten Daten.

Folglich haben wir eine entsprechende Ausländerfeindlichkeit in den westdeutschen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ebenfalls, wie sich indirekt durch den Verbotsantrag der NPD von allen Bundesländern belegen läßt, aber auch durch entsprechende Ereignisse in Westdeutschland (s.u.).

Die Frage ist natürlich dann, wie die Transformation einer wirtschaftlichen Situation in eine verstärkte Ausländerfeindlichkeit individuell abläuft. Diese internen Vorgänge bei einzelnen Arbeitslosen muß man zu **verstehen** versuchen: Wenn Personen Arbeitslosigkeit als Unsicherheit und deshalb als Bedrohung der Identität erleben, dann müssen diese Personen für sich Erklärungen finden, die ihre Identität nicht bedrohen. Das bedeutet, sie werden in

vielen Fällen **external attribuieren**, um ihre Identität zu sichern. Dieser Prozeß gilt allgemein für bedrohliche Ereignisse und stellt einen „self-serving bias“ dar (Witte,1994²).

Nach klassischen Studien aus England finden Arbeitslose vor allem folgende zwei Erklärungen: a) Einwanderer haben die Jobs weggenommen und b) Gewerkschaften haben nicht genug gekämpft (Furnham, 1982). Man kann jetzt versuchen, Daten zu finden, die zumindest den Abbau der internalen Attribution in einem bedrohlichen, wirtschaftlichen Kontext aufzeigen, wenn man Ost- und Westdeutsche vergleicht.

Die ALLBUS-Umfrage hat zwei Aussagen erhoben in den Jahren 1991, 1994 und 1998. Die erste Aussage lautet: „**Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat**“ (Aussage 1) und „**Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung.**“ (Aussage2) Hierzu ergeben sich folgende Prozentsätze der Zustimmung (Meulemann, 1999):

TABELLE 1

Unterschiede in der internalen Attribution zwischen Ost- und Westdeutschen
Prozentsätze der Zustimmung zu obigen Aussagen

	AUSSAGE 1		AUSSAGE 2	
	OST	WEST	OST	WEST
1991	45 %	53 %	58 %	64 %
1994	35 %	57 %	44 %	62 %
1998	27 %	52 %	43 %	63 %

Wie man diesen Daten entnehmen kann, sinkt das Ausmaß der internalen Attribution mit der Zeit also auch mit der Dauer der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Das Jahr 1991 mag als Ausgangspunkt der allgemeinen Umstellung gewertet werden und die Prozentsätze anzeigen, die auch in Ostdeutschland vorhanden waren, ohne den kontinuierlichen Einfluß der hohen Arbeitslosigkeit. Vergleichbare Daten finden sich in der ipos-Zeitreihe, wo die Ostdeutschen sich verstärkt vom Leistungsprinzip zum Gleichheitsprinzip im Lebensstandard und im Einkommen zwischen den Jahren 1990 und 1995 hin entwickeln, d.h. sie lehnen eine individuelle Verantwortung eher ab. Dabei nehmen ebenfalls die Streuungen in

Ostdeutschland zu, so daß die ostdeutsche Gesellschaft stärker polarisiert wird (Meulemann, 1999), was sich gleichfalls aus dem höheren Prozentsatz an Arbeitslosen erklären läßt: Arbeitslose lehnen eher das Leistungsprinzip ab als Beschäftigte, und es gibt in Ostdeutschland einen höheren Prozentsatz an Arbeitslosen und damit eine größere Streuung. Man könnte jetzt **folgende sozialpsychologische Gesetzmäßigkeit** unterstellen (s.a. Fischer & Wiswede, 1997):

Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen (Makrosystem) führt zu einer verstärkten Bedrohung der Identität (Individualsystem). Diese Identitätsbedrohung löst verstärkt externe Attributionen aus und verringert die internalen Attributionen zur Erklärung der eigenen Lebenssituation. Diese externalen Attributionen müssen sich auf Mitglieder von Außengruppen beziehen, denen man sich nicht zugehörig fühlt, z.B. Ausländer, Obdachlose und politische Mandatsträger. Eine Konsequenz ist verstärktes ausländerfeindliches Verhalten, aber auch die Zunahme an Stimmen für radikale Parteien als eine Form des Protestes gegen diese Außengruppen. Dabei drückt das Wählerverhalten eher die allgemeine Geisteshaltung aus als die fremdenfeindlichen Aktionen der Jugendlichen, weil solche Aktionen nicht mit der Lebenswelt der älteren Erwachsenen verbunden sind (Frindte & Neumann, 2001).

Man muß also nicht mit der psychoanalytisch gefärbten Theorie des Gefühlsstaus (Maaz, 1992) operieren, um die Ergebnisse zu erklären. Die psychischen Prozesse, die in Ostdeutschland beobachtbar sind, sind allgemeingültig, resultieren aus der wirtschaftlichen Situation und haben danach keine spezifisch ostdeutsche Sozialisation als Hintergrund, wenn man davon absieht, daß die PDS als eher radikale Partei nur in Ostdeutschland in diesem Umfang wählbar ist, weil sie in Ostdeutschland eher dem demokratischen Spektrum zugeordnet wird (Gensicke, 2000)..

Vergleichbare Prozesse sind auch in Westdeutschland beobachtbar, wenn entsprechende wirtschaftliche Rahmenbedingungen vorliegen, wobei sich dann weniger die PDS als vielmehr rechtsradikale Parteien anbieten. Hinzu tritt ein weiteres Problem, mit dem alle Arbeitslosen verstärkt konfrontiert werden: die Bevölkerung glaubt immer stärker, die Arbeitslosen wollen nicht arbeiten, d.h. es wird eine interne Attribution von außen vorgenommen, die verstärkt abgewehrt werden muß. So haben sich laut Umfrage des Allensbach-Instituts (2.3.2001) 66% der Westdeutschen und 40% der Ostdeutschen diese Vermutung, wobei 1994 in Westdeutschland der Prozentsatz bei 39% und in Ostdeutschland bei 11% lag. Das stellt eine Verschärfung der emotionalen Belastung für die Arbeitslosen dar, die natürlich solche Einstellungen wahrnehmen, wodurch sich zunehmende

ausländerfeindliche Reaktionen erklären lassen : Die internale Erklärung von außen muß durch eine verstärkte externale Erklärung von „innen“ (als Arbeitslose) ausgeglichen werden. Trotzdem darf man jetzt nicht den Fehler begehen, von der Aggregatebene direkt auf konkrete Einzelpersonen zu schließen. Es bleibt weiter unklar, warum sich konkrete Personen in bestimmter Weise gegen Ausländer verhalten haben. Hierzu müssen zusätzliche Rahmenbedingungen betrachtet werden, wie z.B. Alkoholmißbrauch, Gruppensituation etc. Nur dann lassen sich konkrete Handlungen einzelner Personen verstehen. In diesem Zusammenhang berichten Frindte und Neumann(2001) von vorläufigen Ergebnissen aus einer intensiven Befragung von knapp 100 jugendlichen Gewalttätern mit fremdenfeindlichem Hintergrund aus Ostdeutschland . Daran erkennbar wird, daß nicht die politische Ideologie der Antrieb für die Gewalttaten war, sondern die Zugehörigkeit zu der Außengruppe, gegen die man wegen der verstärkten externalen Attribution vorgegangen ist sowie die Gruppensituation und der Alkohol. Alles zusammen hat die Hemmschwelle zur Ausführung der Gewalttaten reduziert. Manchmal dient dann nachträglich zur Rechtfertigung der Handlungen eine quasi-politische Argumentation. Aus fremdenfeindlichen Handlungen kann man nicht auf die politische Ideologie schließen, aber umgekehrt bedeutet eine rechtsradikale Ideologie eine fremdenfeindliche Vorgehensweise. Man muß also unterscheiden zwischen dem allgemeinen Prozeß der externalen Attribution, der alle Mitglieder von Außengruppen treffen kann, und der gezielt politisch-basierten Vorgehensweise. Natürlich sind Jugendliche , die external attribuieren, gefährdet, sich einer solchen Ideologie dann auch anzuschließen, weil sie für sich entsprechende Erklärungsmodelle brauchen. Aber der Auslöser für diese Handlungen scheint nach diesen intensiven Interviews nicht in der politischen Orientierung zu liegen sondern in der familiären Sozialisation („Broken homes“) , dem Gruppenkontext und dem Alkoholeinfluß.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang eine groß angelegte, repräsentative Untersuchung an 2750 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, so läßt sich zeigen, daß ökonomische Risikowahrnehmungen (Arbeitslosigkeit) deutliche Auswirkungen auf das subjektive Lebensgefühl und die Gewaltbereitschaft haben (Schröder & Melzer,1992).Das sind nicht-aggregierte, Daten, die die Zusammenhänge auf dem individuellen Niveau beschreiben. Interessanterweise gibt es eine manifeste (im Verhalten gezeigte) Ausländerfeindlichkeit von 10% in Westdeutschland und eine von 20% in Ostdeutschland, was in etwa der Differenz in der Arbeitslosenquote zwischen beiden Teilen Deutschlands entspricht. Diese Mittelwertsunterschiede von aggregierten Daten zeigen aber auf dem Niveau individueller Zusammenhänge nur eine positive Korrelation zwischen der empfundenen

ökonomischen Risikolage und der offenen Ausländerfeindlichkeit in Westdeutschland , aber nicht in Ostdeutschland. Die Frage ist, warum sich hier unterschiedliche Zusammenhänge zeigen. Eine Erklärung könnte sein, daß in Westdeutschland das Verhalten stärker durch die politische Einstellung, hervorgerufen durch die empfundene Wirtschaftslage, geprägt ist als in Ostdeutschland. Dort wird allgemein die wirtschaftliche Lage als negativ eingeschätzt, aber nicht alle zeigen dann auch manifestes ausländerfeindliches Verhalten. Das konkrete ausländerfeindliche Verhalten wird durch hinzukommende Bedingungen ausgelöst und nicht alleindurch die als defizitär empfundene wirtschaftliche Lage, weil diese Einschätzung individuell nicht genügend differenziert – die große Mehrheit erlebt sie als bedrohlich – und je länger diese Berohung anhält, dest eher reagiert man mit Hilflosigkeit und Depression, was das aggressive Verhalten dann wieder mindert (s. Punkt 5.). In Westdeutschland sind die offenen Verhaltensweisen stärker mit dem Zustand der erlebten Bedrohung verbunden, weil dieser Zustand hier stärker differenziert und die Hilflosigkeit noch nicht so verbreitet ist. .

Generell scheint sich die These der regionalen Sozialisationseffekte in diesem Bereich der Ausländerfeindlichkeit nicht zu bestätigen: Das zentrale Persönlichkeitsmerkmal in diesem Bereich ist der Autoritarismus und der unterscheidet sich nicht bei Jugendlichen zwischen den Teilen Deutschlands (Oesterreich,1993).

Ein Mangel bei der Betrachtungsebene von Durchschnittsindividuen auf Aggregatebene besteht darin, daß nicht entscheidbar ist, warum gewisse Personen eine verstärkte Ausländerfeindlichkeit entwickeln und andere Personen nicht. Hierzu sind persönliche Daten notwendig, mit denen eine individuelle Differenzierung möglich wird. Ohne diese Daten kann man nur Aussagen auf dem Aggregatniveau vornehmen, wobei man die intern ablaufenden Individualprozesse , die aus den Mittelwerten nicht ableitbar sind, durch die Verwendung theoretischer Modelle, die an anderer Stelle empirisch überprüft worden sind, verständlich machen muß . Gerade auf dem Gebiet der Ausländerfeindlichkeit gibt es zahlreiche Ansätze, die Erklärungen über individuelle Prozesse liefern, so daß man eine Position einnehmen muß, die die Gemeinsamkeit dieser Modellansätze herausarbeitet und auf grundlegenden sozialpsychologischen Prozessen basiert (Zick,1997). Solche grundlegenden Ansätze sind die oben genannte Zunahme der externalen Attribution bei bedrohlichen Ereignissen und allgemeine Aussagen über die Verarbeitung von sozialem Streß. Man kann diesem Streß dadurch begegnen, daß man „emigriert“, d.h. die neuen Bundesländer verläßt, wie es in großem Umfang geschieht. Wenn man aber nicht emigriert, dann führt der soziale Streß dazu, daß die Personen, die weiterhin unter dem Streß leiden, verstärkt external attribuieren, wie Forschungen zum sozialen Streß zeigen (Witte & Sacasa, 2001). Außerdem nehmen Angst

und Depression bei anhaltendem sozialen Streß zu (Witte & Sacasa, 2001), was zu dem führt, was man als erlernte Hilflosigkeit bezeichnet (Witte, 1994², S. 280 ff). Aus der Beobachtung von Symptomen der erlernten Hilflosigkeit darf man aber nicht den Schluß ziehen, daß bereits zu Beginn durch die Sozialisation in der ehemaligen DDR Persönlichkeiten verstärkt entstanden sind, die diese Symptomatik entwickelt haben. Die Ursache liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung nach der Wende und nicht in der Sozialisation vor der Wende, wasz.B. zu einem höheren Autoritarismus geführt haben müßte wollte man diese These aufrechterhalten.

Auf einen weiteren Gesichtspunkt, der mit der ungleich hohen Arbeitslosigkeit zusammenhängt, ist an dieser Stelle hinzuweisen, nämlich die große Belastung der Paarbeziehungen durch die Arbeitslosigkeit. Bekanntlich gibt es auf dem Makrosystem-Niveau Zusammenhänge zwischen der Arbeitslosenquote und der Scheidungsrate, wenn man entsprechende Regionen in Westdeutschland betrachtet (Witte, Sibbert und Kesten, 1992). Ferner lassen sich die Belastungen der einzelnen Paare durch die Arbeitslosigkeit nachweisen (Bleich & Witte, 1992). Aus dieser Situation heraus läßt sich auch das drastische Absinken der Geburtenrate in Ostdeutschland erklären und das Fortdauern des äußerst niedrigen Niveaus nach der Wende. Der soziale Streß ist die Ursache für anomische Erscheinungen und nicht umgekehrt. Eine entgegengesetzte Erklärung der anomischen Phänomene hätte zur Folge, daß entsprechende Erscheinungen in Westdeutschland nicht auftreten könnten, weil andere Sozialisationsgeschichten abgelaufen sind. Letztere Erklärung überschätzt die Sozialisation bei der Vorhersage konkreten Handelns und unterschätzt den Einfluß variierender ökonomischer Parameter auf die Werthaltung (Hopf, 1994).

4. Wirtschaftliche Prozesse und Wählerverhalten

In der Forschung über die Verbindung zwischen **politischen** und **wirtschaftlichen** Prozessen hat sich recht deutlich eine Verbindung herstellen lassen, z.B. die Bewertung der bundesrepublikanischen Regierung aufgrund von Arbeitslosenquote, Inflationsrate und Einkommenszuwachs (Schneider & Frey, 1988). Auch auf die amerikanische Präsidentschaftswahl lassen sich systematische Einflüsse des Bruttosozialproduktes und der Inflationsrate nachweisen (Frey, 1999), z.T. sogar sehr gut prognostizieren.

Von daher liegt es nahe, wichtige zeitgeschichtliche Ereignisse über einen solchen Ansatz zu erklären. Dabei repräsentieren Wählerstimmenanteile in der Bevölkerung eine Ebene der politischen Einstellung, die man viel geschützter äußern kann als manifestes Verhalten gegen Ausländer.

Frey, (1999) erklärt z.B. den Prozentsatz der Stimmen für die NSDAP bei den vier Wahlen zwischen 1930 und 1933 über die wirtschaftlichen Prozesse. Hierzu verwendet er neben den vier Wahlen 13 unterschiedliche Regionen mit verschiedenen Arbeitslosenquoten und Anteilen an Bauern und Arbeitern sowie Prozentsätzen an Katholiken. Dabei zeigt sich deutlich, daß die NSDAP von der Arbeitslosenquote profitiert hat. Eine **Zunahme** der Arbeitslosenquote von 10 % hat einen **Zuwachs** des Stimmenanteils von 10.1 % für die NSDAP gebracht. Ohne den Anstieg der Arbeitslosenquote von 16,6 % im Januar 1930 auf 34,3 % im Januar 1933 wäre nach diesem Modell die NSDAP „nur“ von 18,3 % auf 28,5 % Wählerstimmen angestiegen und nicht auf den tatsächlichen Prozentsatz von 43,9 % im März 1933. Für die NSDAP liegt die multiple Korrelation zwischen Vorhersage nach dem Modell und den beobachteten Prozentsätzen über die vier Wahlen in 13 Regionen bei $R=0.96$ (Frey, 1999, S.69). Man kann also von einem Ansatz ausgehen, der die vergangene Entwicklung sehr gut erklären kann, wenn man sich auf die Aggregatebene der Korrelation von Mittelwerten in Regionen zu verschiedenen Zeitpunkten bezieht. Unklar bleibt dabei natürlich, wer nun die NSDAP individuell gewählt hat. Wenn man die Erfolge der PDS in Ostdeutschland betrachtet, so sind sicherlich zwei Einflußfaktoren wichtig, nämlich eine gewisse Gewohnheitskomponente und zusätzlich die wirtschaftliche Lage. Das führt dazu, daß bei gleichbleibender Arbeitslosigkeit der Stimmenanteil der PDS erhalten bleiben wird. Ebenso wird in Westdeutschland deutlich, daß rechtsradikale Parteien in Krisengebieten und zu Krisenzeiten eine Chance auf Stimmenzuwachs besitzen, der nur schwer zu verhindern ist. Welche radikale Partei gewählt wird, hängt dabei auch von der individuellen Sozialisationsgeschichte ab und dem bevorzugten Deutungsmuster. Man kann external auf die Ausländer oder die Regierung attribuieren, was zu unterschiedlichem Wahlverhalten führt. Dadurch wird deutlich, daß Regierungen, die wirtschaftlich erfolgreich sind, eine viel größere Chance haben, wieder gewählt zu werden. Einer Opposition muß deshalb daran gelegen sein, dieses zu verhindern, wenn sie an die Macht will. Das scheint keine sehr demokratische Idee zu sein, aber sie basiert auf psychischen Prozessen, die das Wählerverhalten beeinflussen. Damit liegt der Schlüssel demokratischer Prozesse (der Wählerwille – eine höchst problematische Begriffskonstruktion) in der Entwicklung der Wirtschaft und teilweise bei der Wirtschaft selber, wenn sie selber versucht, eine globale Wirtschaftssteuerung vorzunehmen, was sicherlich nur sehr bedingt möglich ist.

Gleichzeitig müssen **zwei** Effekte unterschieden werden, nämlich zum einen eine generelle Tendenz, radikale Parteien zu wählen, weil man aus politischer Einstellung diese Parteien bevorzugt, entsprechend erzogen und das Gedankengut in der Gesellschaft verankert ist, zum

anderen kurzfristige Effekte der wirtschaftlichen Lage, diese Parteien zu wählen, weil man die regierenden Parteien an der Misere verantwortlich macht. Hierdurch können jedoch über längere Zeit Veränderungsprozesse eingeleitet werden, die zu entsprechenden Entwicklungen der politischen Polarisierung führen und Rechtsradikalismus entstehen lassen. Diese Überlegungen sind bereits dadurch angedeutet worden, daß eine hypothetische Entwicklung der NSDAP von 18,3 % 1930 auf 28,5 % 1933 zu erwarten gewesen wäre, wenn es **keine** wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegeben hätte. Also auch in diesem Falle hätte der Stimmenanteil der NSDAP zugenommen. Das hängt von der politischen Grundstimmung in der Bevölkerung ab, die sich auch aus dem Gesamtniveau der wirtschaftlichen Situation ergibt ohne eine weitere Verschlechterung zu unterstellen. Die Entwicklung auf 43,9 % 1933 wird als Zusatzeffekt durch den weiteren wirtschaftlichen Niedergang und die erlebte individuelle Bedrohung erklärt. Folglich sind sehr wohl gesellschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen, die das **allgemeine** Niveau, radikale Parteien zu wählen, senken und die politische Grundströmung beeinflussen. Es darf aber nicht verwundern, wenn bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein entsprechender Anstieg des Stimmenanteils radikaler Parteien beobachtet wird. Man muß sich auch politisch darauf einstellen, um nicht nachher überrascht zu werden. Dabei sind Verbote radikaler Parteien, wenn von ihnen nicht kriminelle Handlungen ausgehen - und dann reicht das Strafgesetzbuch - , kein wirksames Instrument der Verhinderung von Stimmanteilen für radikale Parteien. Man müßte eigentlich die Wähler daran hindern, radikal zu wählen, denn die Wähler sind mit dem Verbot gemeint und weniger die Parteien, die kaum Mitglieder haben. Die Wähler aber lassen sich durch die wirtschaftliche Lage entsprechend beeinflussen. Die Parteien bieten nur eine Wahlmöglichkeit. Mit dem Gesetz kann man zwar gewisse Möglichkeiten einschränken, wahrscheinlich aber nur sehr bedingt, weil es sicherlich Wege gibt, diese Einschränkungen zu umgehen, aber man kann nicht die Einstellungen ändern. Im Grunde genommen sind die Prozentsätze für die radikalen Parteien ein gutes Maß für die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Deutschland. In ähnlicher Weise dokumentiert die Quote der Nicht-Wähler die Unzufriedenheit mit dem politischen Parteiensystem. In beiden Bereichen muß man aufpassen, daß Gesetze nicht die Geisteshaltung der Bevölkerung verschleiern bzw. administrative Maßnahmen die Erkennbarkeit verhindern. Möglicherweise haben Verbote nur zur Folge, daß sich das politische System nicht mehr der Herausforderung stellt, Rechtsradikalismus zu bekämpfen, weil er weniger sichtbar geworden. Er ist damit aber nicht verschwunden.

5. Ein theoretisches Konzept zur Verbindung von ökonomischem Stress und Werthaltung

1. Es kann hier weder unsere Aufgabe sein, die Spezialtheorien zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu diskutieren und zu integrieren (Zick, 1997), noch allgemeine Rahmenbedingungen der politischen Sozialisation zu erörtern (Frindte, 1998; Witte, 1994), sondern es geht hier nur darum, in sparsamer Weise die Kernprozesse zu skizzieren, die es erlauben, wesentliche politische Phänomene zu erklären. Hierzu stellen wir die folgenden sechs **Postulate** auf :

1. Wenn makrosozialer Stress vorliegt, dann fühlen sich Personen bedroht.
2. Wenn sich Personen bedroht fühlen, dann reagieren sie kurzfristig mit Aggressionen und langfristig mit Hilflosigkeit und Depression.
3. Wenn Personen sich bedroht fühlen, dann suchen sie eine Erklärung, die ihre Identität sichert und sie attribuieren external .
4. Wenn external attribuiert wird, dann wählt man sich die saliente Kategorie als Außengruppe aus.
5. Wenn man sich aggressiv gegen Mitglieder der Außengruppe verhält, dann zeigt man intergruppaes Verhalten und nicht interpersonelles Verhalten.
- 6. Wenn Personen intergruppaes Verhalten zeigen, dann sind moralische Verhaltensmaßstäbe reduziert.**

Zum besseren Verständnis der Postulate sollen einige Begriffe erläutert und einige Ableitungen (Theoreme) durchgeführt werden.

Das Konzept der externalen Attribution besagt, daß nicht man selber an dieser Situation schuld ist, sondern andere Personen oder Umstände. Die Salienz einer Kategorie bedeutet, daß diese Kategorie einem zuerst ins Bewußtsein kommt und deutlich im Bewußtsein verankert ist. Der Grad der Salienz hängt von der öffentlichen Diskussion und den sozial geteilten Meinungen ab, die aus Darstellungen in den Massenmedien, der politischen Diskussion und den Gesprächen im Alltag resultieren. Das intergruppaes Verhalten muß vom interpersonellen Verhalten getrennt werden, wie es z.B. im Umgang von Regierungsvertretern und Oppositionspolitikern im Bundestag zu beobachten ist, wobei anschließend die beiden Personen sehr freundlich miteinander zu Mittag essen können, weil das interpersonelle Verhalten von anderen Maßstäben getragen ist als das intergruppaes Verhalten.

Es sollen jetzt zur besseren Einordnung der politischen Vorgänge 12 **Theoreme** aus den obigen Postulaten abgeleitet werden :

- 1. Wenn Arbeitslosigkeit in der Region einen makrosozialen Stress darstellt, dann fühlen sich die Personen bei höherer Arbeitslosigkeit stärker bedroht.**
- 2. Wenn Arbeitslosigkeit länger anhält, dann reagieren Personen, die länger unter dieser Bedrohung gelebt haben, mit Depression und Hilflosigkeit, und Personen, die kurzfristig damit konfrontiert werden, mit Aggression.(Aus Hilflosigkeit und Depression ergeben sich manche Probleme , die wir stärker mit Ostdeutschland verbinden, z.B. die geringere Mobilität, aber auch die extrem reduzierte Geburtenrate in bestimmten ostdeutschen Regionen.)**
- 3. Wenn man arbeitslos ist, dann sucht man eine Erklärung, die nicht die Verantwortung auf die eigene Person bezieht.**
- 4. Wenn man die Verantwortung external verankern möchte, sucht man einfache und naheliegende Ursachen.(Der Mensch ist im allgemeinen ein kognitiver „Faulpelz“. Er begnügt sich gern mit einfachen Schlüssen.)**
- 5. Wenn einem einfache Ursachen plausibel gemacht werden, dann übernimmt man diese zur Erklärung.(Eine besonders einfache Ursache für die Entstehung der eigenen Arbeitslosigkeit scheint darin zu liegen, daß man Ausländer dafür verantwortlich macht. Hierfür braucht man weder Zahlen , noch sonstige Belege. Der Grund für diese Attribution liegt auch in der politischen Auseinandersetzung, die diese einfache Schlußfolgerung erst ermöglicht hat. Erst wenn die Politik durch klare Einwanderungsgesetze und die positive Bedeutung der Ausländer für unsere Wirtschaftskraft eine neue Situation geschaffen hat, wird diese Form der Attribution erschwert.)**
- 6. Wenn man eine Außengruppe als Erklärung akzeptiert hat, dann richtet man seine Aggressionen gegen die Mitglieder der Außengruppe als intergruppaes Verhalten. (Dieses intergruppaes Verhalten, wobei Menschen nur als Träger einer sozialen Kategorie angesehen werden, ist in Konfliktfällen besonders deutlich erkennbar, z.B. auf dem Balkan, im Baskenland und in Nordirland, um nur die brisantesten Regionen in Europa zu nennen.)**
- 7. Wenn Ausländer als Außengruppe zur Erklärung nahegelegt werden, dann zeigt man aggressives, fremdenfeindliches Verhalten. (Dieses Verhalten ist anfänglich nicht ideologisch durch Rechtsextremismus untermauert. Das entsteht erst im Laufe der Zeit. Deshalb ist die Gleichsetzung von ausländerfeindlichem Verhalten und Rechtsextremismus falsch.)**

8. Wenn Personen fremdenfeindliches, aggressives Verhalten zeigen, dann müssen sie nicht ideologisch rechtsradikal sein. (Es gilt aber die Umkehrung.)
9. Wenn durch externale Attribution eine kognitive Veränderung an einer Stelle vollzogen wird, dann werden andere Kognitionen , die damit in Verbindung stehen, wie z.B. Wertpräferenzen, mit geändert, wenn die kognitive Veränderung länger andauert. (Hier liegt die Gefahr der Entstehung von Rechtsradikalismus durch die anfängliche externale Attribution zur Abwehr der Identitätsbedrohung.)
10. Wenn die Bedrohung zur externalen Attribution führt, dann werden die demokratischen Parteien als Außengruppen betrachtet, weil sie auch schuld an der Arbeitslosigkeit sind. (Hierin liegt die Gefährdung des demokratischen Systems durch anhaltende Arbeitslosigkeit bei empfundener individueller Bedrohung.)
11. Wenn demokratische Parteien als Außengruppen betrachtet werden, dann nimmt der Stimmenanteil radikaler Parteien zu.(Das bedeutet aber keineswegs, daß bereits die in ihnen vertretene Ideologie akzeptiert oder übernommen wird.)
12. Wenn der Stimmenanteil radikaler Parteien zunimmt und ihr Einfluß steigt, dann verbreitet sich eine rechts- und linksradikale Ideologie. (Bei länger andauernder Bedrohung und damit verbundenem kognitiven Aufwand zur Integration der externalen Attribution in eine konsistente Ideologie sowie die sozial stärker akzeptierte Stellung der politischen Minoritäten führen verstärkt zur individuellen Übernahme des politischen Extremismus.)

Alle diese Theoreme beschreiben nur allgemeine Prozesse, die wegen vielfältiger zusätzlicher Einflüsse im Einzelfall nicht zutreffen müssen, aber sie erfassen allgemeine Tendenzen , die die beobachteten Phänomene erklären, vorhersagen und verständlich machen können. Außerdem stellen sie Ansatzpunkte für Interventionen dar.

5. Die Reduzierung ausländerfeindlicher Reaktionen in Deutschland

Wenn ein nicht unwesentlicher Anteil der externalen Attribution und damit verbunden des Wertewandels durch die wirtschaftlichen Prozesse beeinflusst wird, dann wird unterstellt, daß zu einem erheblichen Umfang über die Wirtschaftsentwicklung der Wertewandel, die externale Attribution und die aggressiven Reaktionen gegen Ausländer verändert werden können. Die konkreten Konsequenzen zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsradikalismus sind auch schon im Ansatz gezogen worden, indem in großem Umfang AB-Maßnahmen in Ostdeutschland durchgeführt wurden und werden. Leider sind diese Maßnahmen aus der Sicht der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit und des

Rechtsradikalismus noch nicht ausreichend, wie man auch den Arbeitslosenzahlen entnehmen kann. Hier stößt die Politik wohl an ihre ökonomischen Grenzen. Auch in Westdeutschland sollte man sich verstärkt um entsprechende Maßnahmen bemühen, um Ausländerfeindlichkeit (s. z.B. Mölln 23.11.1992, Solingen, 29.5.1993) wieder einzudämmen. Vernünftige Entwicklungshilfe und wirtschaftliches Engagement z.B. im ehemaligen Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion stellen bekanntlich Strategien dar, die den Zielen dienen, Radikalismus und Autoritarismus zu reduzieren. Wie gefestigt Demokratien letztlich sind, läßt sich vor allem dadurch erkennen, wieviele Wähler radikale Parteien noch unter guten wirtschaftlichen Bedingungen haben, auf welches Niveau also die radikalen Parteien durch die politische Grundströmung abgesenkt worden sind. Der Zuwachs an Wählerstimmen für radikale Parteien bei Abschwächung der Wirtschaft ist ein normaler Vorgang. Auch die Zunahme an rechtsradikalem Verhalten bei großer Arbeitslosigkeit muß nicht durch spezielle Hypothesen über die Unterschiede zwischen den globalen Persönlichkeiten in der ehemaligen DDR und der ehemaligen BRD erklärt werden, wie oben aufgezeigt. Man kann diesen Vorgang als eine Gesetzmäßigkeit verstehen, die in beiden Teilen Deutschlands, nach oben formulierten Postulaten und Theoremen, ähnlich abläuft. Wirtschaftspolitik ist folglich sehr viel stärker Gesellschaftspolitik als man es gemeinhin annimmt. Sich dieser engen Verbindung noch stärker bewußt zu werden und für diese Annahme theoretische und empirische Belege ansatzweise zu liefern, war eine Aufgabe dieser kleinen Studie.

Wenn jetzt noch verstärkt Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern entwickelt werden könnten, die vor allem dort greifen, wo die Arbeitslosigkeit groß ist, dann wird man Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus auch effektiver bekämpfen können. In diese Strategie muß wohl in Zukunft noch sehr viel gezielter investiert werden. Vielleicht wird die Wirtschaftspolitik vor diesem Hintergrund noch kreativer eingesetzt als in der Vergangenheit. Möglicherweise auch in direkter Kombination mit anderen Interventionsschritten. Auf jeden Fall liegt in diesem Bereich die Hauptursache für ausländerfeindliches Verhalten.

Ein nächster Ansatzpunkt der Verhaltensänderung kann das Ausmaß der erlebten Bedrohung durch Arbeitslosigkeit sein. Diese Bedrohung durch die Entwicklung eines zweiten oder dritten Arbeitsmarktes zu reduzieren, ist neben der Senkung der Arbeitslosenquote auf dem ersten Arbeitsmarkt eine weitere wichtige Maßnahme. Wahrscheinlich wird man auch die Möglichkeit von Potentiale zur Firmengründung erweitern müssen.

Ein dritter Ansatzpunkt ist die Salienz der Außengruppe. Hier kann man leicht deutlich machen, daß Ausländer nicht die Schuld tragen an der Arbeitslosigkeit. Wenn man diese

einfache Attributionsmöglichkeit durch gezielte Aufklärung weniger salient macht, dann muß man sich fragen wer an diese Stelle treten wird. Das könnten in Ostdeutschland die „Wessis“ werden und in Westdeutschland die „Ossis“, denn mit einer einfachen Beseitigung der Kategorie „Ausländer“ ist es nicht getan. Die Gesetzmäßigkeit bleibt erhalten, daß external attribuiert wird. Hierzu braucht man eine Außengruppe. Bei der Osterweiterung können das sehr schnell die Einwohner der neu hinzugekommenen Länder werden. Aber es könnten auch die „Alten“ werden oder die „Frauen“. Auf jeden Fall muß man bei der Bearbeitung der Salienz einer Außengruppe darauf achten, daß sie nicht einfach ersetzt wird, weil der Mechanismus erhalten bleibt.

Als nächstes kann man das intergrupale Verhalten angehen, indem man Ausländer in einer Region gezielt zu integrieren versucht. Das aber ist äußerst kompliziert, wenn Ausländer ghettoisiert sind, die deutsche Sprache schlecht beherrschen und keine gezielten Integrationsprogramme durchgeführt werden. Dabei ist der Status der Ausländer auch sehr unterschiedlich und es ist eine Integrationsstrategie nicht immer möglich. Es gab ja auch schon Fälle von Gewalttaten gegen Ausländer, wo die Ausländer jedoch Inländer waren, aber Merkmale von Ausländern aufwiesen(z.B. die Hautfarbe) . Was macht man in solchen Fällen? Jedenfalls sollte man sich nicht vorstellen, daß eine verstärkte Kontaktaufnahme schon automatisch zu einer Reduktion des ausländerfeindlichen Verhaltens führt. Es kann sogar das Gegenteil eintreten, weil man während des Kontaktes alle Vorurteile bestätigt bekommt.

Man könnte nun generell versuchen diesen Mechanismus der externalen Attribution zur Sicherung der Identität „außer Anwendung zu setzen“. Hierzu müßte man Arbeit und damit Arbeitslosigkeit aus der Identitätsbildung stärker herausfiltern. Dann wäre Arbeit nicht mehr so stark in das Konzept der personalen Identität integriert, so daß sich Personen bei Arbeitslosigkeit weniger bedroht fühlen. Im konkreten Einzelfall mag diese Strategie angebracht sein, aber sie ist sicher keine allgemeine Vorgehensweise, weil damit vielfältige Gefahren verbunden sind.

Wie außerordentlich schwierig es ist, Programme zur Verhinderung und Verminderung ausländerfeindlichen Verhaltens zu entwickeln und durchzuführen skizziert Schwind (1998), wobei er immer auch auf Boomerang-Effekte aufmerksam macht. Diese Effekte schaffen z.B. eine stärkere Polarisierung, indem Personen sich eindeutiger einer Gruppe zu ordnen, so daß beide Gruppen – die Ausländerfreunde und die Ausländerfeinde – wachsen. Eine äußerst umfangreiche Sammlung von Maßnahmen sind in einem vierbändigen Werk zusammengestellt (Schwind, H.D. et al., 1990).

Generell muß an dieser Stelle noch einmal betont werden, daß isolierte Einzel-Maßnahmen mit der Gefahr verbunden sind, daß sie unwirksam bleiben, aber auch noch viel schlimmer, daß sie negative Effekt aufweisen, was auf den ersten Blick kaum erkennbar ist, weil vielfältige Wechselwirkungen vorhanden sind und fundamentale Prozesse naiv-psychologisch interpretiert werden. Um sich davor zu schützen, muß eine abgestimmte Planung für eine Region erfolgen und alle Interventionen müssen kontinuierlich evaluiert werden, um ggf. kurzfristig Korrekturen vornehmen zu können.

Ausgangspunkt aller Vorgehensweisen muß ein theoretisches Global-Modell sein, das die Maßnahmen integriert. Dabei sind Maßnahmen auf unterschiedlichen Systemniveaus zu unterscheiden: Makro-, Meso-, Mikro- und Individual-System (Witte, 1994; Frindte, 1998, S. 171). Auf dem Makrosystem-Niveau muß gezielt die Arbeitslosigkeit angegangen werden. Mir scheint manchmal, daß man sich hier auch Ideen aus der Kibuzzim-Bewegung holen kann, die für neue Siedlungen in unwirtlicher Umgebung Wirtschaftskonzepte entwickelt haben. Auf dem Mesosystem-Niveau muß das Vertrauen in die Arbeitsämter und andere Institutionen wieder hergestellt werden (Gensicke, 2000). Aber auch ein Angebot für Jugendliche in der Freizeit muß neu aufgebaut werden, nachdem die meisten vorhandenen Einrichtungen nach der Wende verschwunden sind. Diese sind sicherlich die zentralen Interventionen, ohne deren Wirksamkeit die nachfolgenden Maßnahmen auf niedrigerem Systemniveau kaum erfolgreich sein können. Trotzdem muß man in begründeten Ausnahmefällen vor Ort in Peer-Gruppen (Mikrosystem-Niveau) oder bei einzelnen Personen (Individualsystem-Niveau) Maßnahmen vorhalten, die unter ganz bestimmten Bedingungen dann ausländerfeindliches Verhalten reduzieren helfen. Ohne Verbesserung der Arbeitsmarktlage wird sich jedoch kein großer Effekt erzielen lassen.

Was nun die Bekämpfung des Rechtsradikalismus als politische Ideologie angeht, so sind die Maßnahmen sehr viel komplexer zu gestalten als bei den ausländerfeindlichen Handlungen, weil es sich um gefestigte kognitive Strukturen handelt, die eine politische Organisation hinter sich haben und sich in gewissen Kreisen gegenseitig stützen. Hier kann man nur Mitläufer und Randpersonen erreichen, wie man es mit dem Aussteigerprogramm für Rechtsradikale versucht. Je größer der Druck von außen ist, desto kohäsiver wird die Gruppe innen und damit weniger beeinflussbar. Ignoranz und weniger Aufgeregtheit in den Medien und der Politik wären ein gutes Mittel. Verbote und politischer Druck sind leider dazu kaum geeignet, um die in der rechten Szene vorhandenen Differenzen zu beseitigen und diese damit zu stärken. Wenn man die Parlamentarier aus der rechten Szene betrachtet, dann kann man leicht erkennen, wie sie sich selber ad absurdum führen. Berichte hierzu sind hilfreich.

Was nun den Linksradikalismus angeht, so gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, was die PDS angeht. Sie ist klar eine linksradikale Partei für die Westdeutschen, aber für die Ostdeutschen gehört sie zum demokratischen Linksspektrum (Gensicke, 2000). Diesen Unterschied muß man erkennen, wenn man von Radikalismus redet. Zusammengefaßt heißt das, daß nur über allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen ergänzt durch abgestimmte und auf die Region bezogene Maßnahmen, ausländerfeindliches Verhalten reduziert werden kann. Dabei ist ausländerfeindliches Verhalten nicht mit rechtsradikalem Verhalten gleichzusetzen. Die Verringerung rechtsradikaler Einstellungen und Verhaltensweisen ist viel schwieriger, aber auch der Prozentsatz an Personen aus diesem Spektrum ist nicht sehr groß. Um ihn weiterhin klein zu halten, müssen wirtschaftliche Maßnahmen erfolgen. Eine Änderung der rechtsradikalen Ideologie ist sehr schwierig, weil Minderheiten sich ihrer Position bewußt sind und ihre Einstellung wegen dieser Position sehr sicher vertreten. Ein direkter Druck und eine große Aufmerksamkeit erhöhen den Anteil an Rechtsextremisten, die nicht beeinflußbar sind. Auf parlamentarischer Ebene stellen sich rechtsextreme Parteien selber bloß. Man müßte dieses nur deutlicher darstellen.

Ich hoffe, daß das von der Bundesregierung kürzlich aufgelegte Programm zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsradikalismus zu differenzierten und intelligenten Lösungen kommt, die die wesentlichen sozialpsychologischen Prozesse und Wechselwirkungen berücksichtigen.

Literatur

- Allensbach-Institut(2.3.2001). Umfrageergebnisse zur Sicht der Arbeitslosen.
- Bleich,Ch. & Witte,E.H. (1992). Zu Veränderungen in der Paarbeziehung bei Erwerbslosigkeit des Mannes. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44,731-746.
- Fischer,L. & Wiswede,G. (1997). *Grundlagen der Sozialpsychologie*. München: Oldenbourg.
- FRINDTE,W.(1998). *SOZIALE KONSTRUKTIONEN*. OPLADEN : WESTDEUTSCHER VERLAG.
- Frindte,W. & Neumann,J. (11.9.2000). Biographische Hintergründe und Motivationen fremdenfeindlicher Gewalttäter in Deutschland. Darstellung im Internet. Uni-Jena.
- Frey, B.S.(1999). *Economics as a science of human behavior*. Dordrecht: Kluwer.
- Furnham, A. (1982). Explanation for unemployment in Britain. *European Journal of Social Psychology*, 12, 335-352.
- Gensicke,Th. (2000). *Deutschland im Übergang*. Speyer : Speyerer Forschungsberichte Nr. 204.
- Granato, J., Inglehart, R. & Leblang, D.C.(1996).The effect of cultural values on economic development.: Theory, hypotheses and some emperical tests. *American Journal of Political Science*, 40, 607-631.
- Hopf,W. (1994). Rechtsextremismus von Jugendlichen: Kein Deprivationsproblem? *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*,14,194-211.
- Inglehart, R.(1997). *Modernization and Postmodernization. Cultural, economic and political change in 43 societies*. Princeton: University Press.
- Kummer,J. (1993).*Ausländerkriminalität. Legenden und Fakten zu einem Tabu*. Berlin: Ullstein.
- Klein, M. & C. Pötschke, M. (2000). Gibt es einen Wertewandel hin zum "reinen" Postmaterialismus? *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 29, 202-216.
- Kreft,I. & De Leeuw,J. (1998). *Introducing multilevel modeling*. London: Sage.
- Kreft,I.G. et al. (1995).The effect of different forms of centering in hierarchical linear models. *Multivariate Behavioral Research*, 30, 1-22.
- Maaz, H.-J. (1992). *Der Gefühlsstau- Ein Psychogramm der DDR*. München: Knaur.
- Mehlkop, G. (2000). Methodische Probleme bei der Analyse von Wertvorstellungen und Wirtschaftswachstum. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 29, 217-226.

- Meulemann, H. (1999). Gleichheit oder Leistung, Mittelwerte und Standardabweichungen. Über die Aussagekraft von Standardabweichungen für die Analyse von Wertpaaren am Beispiel des Wertwandels nach der deutschen Wiedervereinigung. *ZA-Information*, 45 6-19.
- Oesterreich,D. (1993). *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West*. Weinheim : Juventa.
- Schneider, F. & Frey, B.S. (1988). Politico-economic models of macroeconomic policy: A review of empirical evidence. In: Willett, Th. (Ed.) *The political economy of money, inflation, and unemployment*. Durhan: Duke University Press (pp. 240-275).
- Schröder,H. & Melzer,W. (1992). Ökonomische Risiken und Verunsicherungspotentiale Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland . In : Mansel,J. (Hrsg.) *Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohung*. Weinheim: Juventa. (pp. 163-184).
- Schwind,H.D.(1998). Möglichkeiten (staatlicher) Prävention und Intervention. In: Bierhoff,H.W. & Wagner,U. (Hrsg.) *Aggression und Gewalt*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Schwind,H.D. et al. (1990)(Hrsg.) *Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt(Gewaltkommission)*. 4 Bde. Berlin: Duncker & Humblot.
- Sixtl, F. (1980). Die Entdeckung allgemeiner psychologischer Gesetze bei variablen Organismusbedingungen. In : Witte,E.H. (Hrsg.). *Beiträge zur Sozialpsychologie*. Beltz: Weinheim.
- Sixtl, F. (1993). *Der Mythos des Mittelwertes*. München : Oldenbourg.
- Terwey, M. (1996). Demokratiezufriedenheit und Vertrauen: Politische Unterstützung in Westeuropa und im vereinten Deutschland. *ZA-Information*, 39, 94-129.
- Winkler, J.R. (2000). Ausländerfeindlichkeit im vereinten Deutschland. In: Falter, J.W.; Gabriel, O.W. & Rattinger, H. (Hrsg.). *2000: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen (pp. 435-476).
- Witte, E.H. (1994²) *Lehrbuch Sozialpsychologie* . Weinheim: Beltz-PVU.
- Witte, E.H. (1996). Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland (West) zwischen 1973 und 1992. Alternative Erklärungen zum Inglehart-Index. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48, 534-541.
- Witte, E.H. & Krause, D. (1998). Methoden der quantitativen Analyse sozialer Repräsentationen. In: Witte, E.H. (Hrsg.) *Sozialpsychologie der Kognition: Soziale Repräsentation, subjektive Theorien, soziale Einstellungen*. Lengerich: Pabst (pp. 75-93).

- Witte, E. H. & Sacasa, R.E. (2000). Revolutionärer Stress und soziale Unterstützung durch die Familie. In : Witte, E.H. & Bleich, Ch. (Hrsg.)). *Sozialpsychologie des Stress und der sozialen Unterstützung*. (pp. 204-219). Lengerich: Pabst.
- Witte,E.H.; Sibbert,J. & Kesten,I. (1992). *Trennungs- und Scheidungsberatung*. Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Zick,A. (1997).*Vorurteile und Rassismus*. Münster: Waxmann.



Universität Hamburg

HAMBURGER FORSCHUNGSBERICHTE -HAFOS-

- | | |
|----------------------|---|
| HAFOS Nr. 1
1992 | Witte, E.H.: The extended group situation theory (EGST), social decision schemes, models of the structure of communication in small groups, and specific effects of minority influences and selfcategorization: An integration. |
| HAFOS Nr. 2
1992 | Witte, E.H. & Scherm, M.: Technikfolgenabschätzung und Gentechnologie - Die exemplarische Prüfung eines Expertenberichts auf psychologische Konsistenz und Nachvollziehbarkeit. |
| HAFOS Nr. 3
1992 | Witte, E.H.: Dynamic models of social influence in small group research. |
| HAFOS Nr. 4
1993 | Witte, E.H. & Sonn, E.: Trennungs- und Scheidungsberatung aus der Sicht der Betroffenen: Eine empirische Erhebung. |
| HAFOS Nr. 5
1993 | Witte, E.H., Dudek, I. & Hesse, T.: Personale und soziale Identität von ost- und westdeutschen Arbeitnehmern und ihre Auswirkung auf die Intergruppenbeziehungen. |
| HAFOS Nr. 6
1993 | Hackel, S., Zülske, G., Witte, E.H. & Raum, H.: Ein Vergleich berufsrelevanter Eigenschaften von „ost- und westdeutschen“ Arbeitnehmern am Beispiel der Mechaniker. |
| HAFOS Nr. 7
1994 | Witte, E.H., The Social Representation as a consensual system an correlation analysis. |
| HAFOS Nr. 8
1994 | Doll, J., Mentz, M. & Witte, E.H., Einstellungen zur Liebe und Partnerschaft: vier Bundungsstile. |
| HAFOS Nr. 9
1994 | Witte, E.H.: A statistical inference strategy (FOSTIS): A non-confounded hybrid theory. |
| HAFOS Nr. 10
1995 | Witte, E.H. & Doll, J.: Soziale Kognition und empirische Ethikforschung: Zur Rechtfertigung von Handlungen |
| HAFOS Nr. 11
1995 | Witte, E.H.: Zum Stand der Kleingruppenforschung. |

HAFOS Nr. 12 1995	Witte, E.H. & Wilhelm, M.: Vorstellungen über Erwartungen an eine Vorlesung zur Sozialpsychologie.
HAFOS Nr. 13 1995	Witte, E.H.: Die Zulassung zum Studium der Psychologie im WS 1994/95 in Hamburg: Ergebnisse über die soziodemographische Verteilung der Erstsemester und die Diskussion denkbarer Konsequenzen.
HAFOS Nr. 14 1995	Witte, E.H. & Sperling, H.: Wie Liebesbeziehungen den Umgang mit Freunden geregelt wünschen: Ein Vergleich zwischen den Geschlechtern.
HAFOS Nr. 15 1995	Witte, E.H.: Soziodemographische Merkmale der DoktorandInnen in Psychologie am Hamburger Fachbereich.
HAFOS Nr. 16 1996	Witte, E.H.: Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland (West) zwischen 1973 bis 1992: Alternative Interpretationen zum Ingelhart-Index.
HAFOS Nr. 17 1996	Witte, E.H. & Silke Lecher: Systematik von Beurteilungskriterien für die Güte von Gruppenleistungen.
HAFOS Nr. 18 1997	Witte, E.H. & Kaufman, J.: The Stepwise Hybrid Statistical Inference Strategy: FOSTIS
HAFOS Nr. 19 1997	Kliche, T., Adam, S. & Jannink, H.: „Bedroht uns der Islam?“ Die Konstruktion eines „postmodernen“ Feindbildes am Beispiel Algerien in zwei exemplarischen Diskursanalysen
HAFOS Nr. 20 1998	Witte, E.H. & Frank von Pablocki: Unterschiede im Handlungsstil: Lage- und Handlungsorientierung in Problemlöse-Dyaden
HAFOS Nr. 21 1998	Witte, E.H., Sack, P.-M. & Kaufman, J.: Synthetic Interaction and focused Activity in Sustainment of the Rational Task-Group
HAFOS Nr. 22 1999	Bleich, C., Witte, E.H. & Durlanik, T.: Soziale Identität und Partnerwahl: Partnerpräferenzen von Deutschen und Türken der zweiten Generation
HAFOS Nr. 23 Anforderungs- 1999	Porschke, C.: Zur Entwicklung unternehmensspezifischer profile mit der Repertory Grid Technik: Ergebnisse einer empirischen Studie
HAFOS Nr. 24 2000	Witte, E.H. & Putz, Claudia: Routinebesprechungen: Deskription, Intention, Evaluation und Differenzierung
HAFOS Nr. 25 psycho- 2000	Witte, E.H.: Kundenorientierung: Eine Managementaufgabe mit logischem Feingefühl

HAFOS Nr. 26 2000	Witte, E.H.: Die Entwicklung einer Gruppenmoderationstheorie für Projektgruppen und ihre empirische Überprüfung
HAFOS Nr. 27 2000	Figen Karadayi: Exposure to a different culture and related autonomous self: A comparison of remigrant and nonmigrant turkish late adolescent groups
HAFOS Nr. 28 2000	Witte, E.H. & Raphael, Christiane: Alter, Geschlecht und Informationsstand als Determinanten der Einstellung zum Euro
HAFOS Nr. 29 2001	Witte, E.H.: Bindung und romantische Liebe: Sozialpsychologische Aspekte der Bindungstheorie
HAFOS Nr. 30 2001	Witte, E.H.: Theorien zur sozialen Macht
HAFOS Nr. 31 2001	Witte, E.H.: Wertewandel, wirtschaftliche Prozesse und Wählerverhalten: Sozialpsychologische Gesetzmäßigkeiten zur Erklärung und Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit

Die Hamburger Forschungsberichte werden herausgegeben von
Prof. Dr. Erich H. Witte
Psychologisches Institut I der Universität Hamburg
e-mail: witte_e_h@uni-hamburg.de